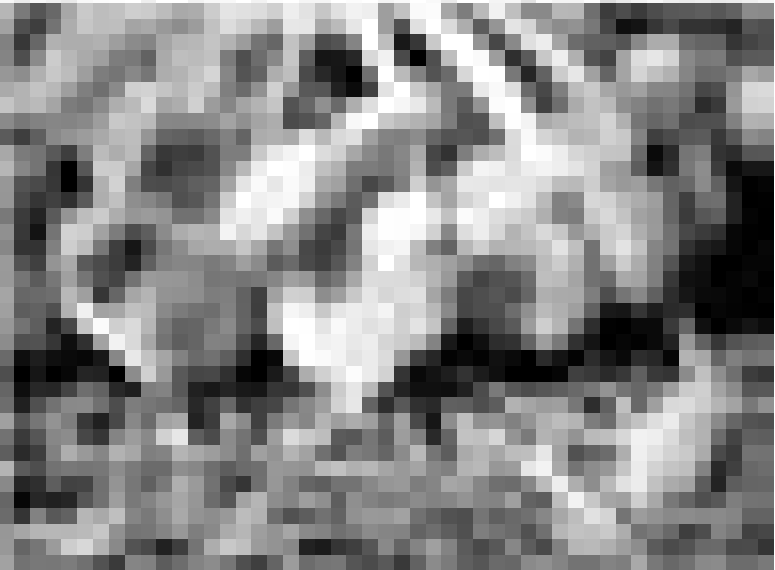


LANDWIRTSCHAFT

Natur: Freund oder Feind?



Küken auf einem Biohof: gut für die Natur, für das Tier und für den Menschen.
(Foto: Christian Mosar)

Die LNVL stellte am vergangenen Montag ihre Analyse der Situation im Agrarbereich vor sowie Perspektiven für eine naturnahe Landwirtschaft.

(RK) - "Nach den Hormonen, nach dem Dioxin, kommt jetzt BSE. Alle paar Jahre gibt es einen Skandal, eine große Panik, und danach wird weitergemacht, als sei nichts geschehen." So beschreibt Pit Mischo, Präsident der "Lëtzebuerger Natur- a Vulleschützliga" (LNVL), die Lage der modernen Landwirtschaft. Es werde nur punktuell reagiert, statt das Übel an der Wurzel zu packen: die an rein wirtschaftlichen Zielen ausgerichtete EU-Agrarpolitik.

Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg wurde europaweit versucht, die Lebensmittelversorgung in den Griff zu bekommen. "Ab 1970 wurde dann über das Ziel hinausgeschossen", so Pit Mischo. Weil immer mehr für den Weltmarkt produziert wurde, mussten die Preise immer knapper kalkuliert werden, die betriebswirtschaftliche Effizienz gesteigert werden. Parallel dazu, das haben Analysen der NaturschützerInnen gezeigt, gingen die Bestände der Feldvögel drastisch zurück. Beipiel Kiebitz: Gab es 1988 noch über 200 Brutpaare, so ist diese Zahl mittlerweile unter 20 gesunken.

Dem hält die LNVL das Konzept des Wirtschaftens mit der Natur entgegen. "Das richtet sich nicht gegen die Bauern. Sie sind Opfer des Drucks, den die EU-Politik und die Großkonzerne auf sie ausüben", stellt Ed Melchior von der LNVL klar. Den Landwirten sei die Landschaft nicht egal, im Gespräch ließen sie sich durchaus von Maßnahmen überzeugen wie der, Bachuferstreifen unbearbeitet zu lassen.

Agrar-Globalisierung

Die Interessen der Agrar- und Lebensmittelkonzerne sind andere. Ihre Botschaft lautet: Ihr könnt nicht auf uns verzichten. Nur mit unserer High-Tech-Landwirtschaft und der Gentechnologie ist die Welternährung zu bewältigen. Dass dem nicht so ist, belegte Pit Mischo am Beispiel der Philippinen. Dort wird weißer Mais für die Eigenversorgung angebaut und gelber für den Export, als Viehfutter für die westlichen Länder. Die GenforscherInnen aber kümmern sich dort nur um den gelben Mais. Es sei Zeit, so der Naturschüt-

zer, sich gemeinsam gegen die Globalisierung zu wehren.

"Bei der EU gibt es eine Kluft zwischen der theoretischen Einsicht und der Umsetzung", bemängelt Pit Mischo. Schon vor Jahren habe Agrarkommissar Franz Fischler ein Zurück zur Natur angekündigt. Doch noch immer ist das EU-Agrarbudget 300mal größer als das Umweltbudget. Die LNVL fordert den Ersatz der Produktionsbeihilfen durch Beihilfen mit ökologischer und sozialer Zielsetzung und eine ganzheitliche Politik für den ländlichen Raum.

Der Preis des Umdenkens

In den Augen der NaturschützerInnen soll nicht nur anders produziert werden, auch die KonsumentInnen müssen umdenken. Birgit Gödert, Agrar-Ingenieurin der LNVL, zählte drei Kriterien auf für den Landschaftsschutz an der Ladentheke: Die richtige Reaktion sei, ökologisch, regional und saisonal einkaufen. Das Essen schmecke dann auch besser.

Ob die Initiative der LNVL "Landschaft schmaacht" denn nicht nur etwas sei für Leute mit dickem Portemonnaie? Pit Mischo verweist darauf, dass Luxemburger im Durchschnitt nur noch zwölf Prozent für Lebensmittel ausgeben. Auch wer nicht viel Geld hat, könne Akzente setzen. Der Haken am Argument: Laut Statec geben die ärmsten Haushalte fast 20 Prozent für Lebensmittel aus und nochmal 35 Prozent für das Wohnen. Birgit Gödert findet, dass jedem ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Basisversorgung zusteht. Sozial Schwache haben auch nichts davon, wenn die Lebensmittel billig aber ungesund sind. Die Agrar-Ingenieurin fügt hinzu: "Essen ist mehr als eine biologische Notwendigkeit. Unser Essen auf dem Teller bestimmt, ob draußen auf der Feldflur in Zukunft noch Feldlerche, Goldammer und Braunkehlchen zu beobachten sein werden."

kommentar

Erneuerbare Energien: Nicht nur eine Geldfrage!

Hohe Förderprämien für erneuerbare Energien sind beschlossene Sache. Es fehlen die politischen Begleitmaßnahmen.

Umweltpolitik macht sich bei weitem nicht nur über eine großzügige Subventionspolitik dank des gut bestückten staatlichen Finanzhaushaltes. Es wäre ein grober Fehler, wenn das Ministerium es bei den Förderprogrammen belassen würde in der Hoffnung, der Markt alleine werde die Entwicklung der regenerativen Energien gewährleisten.

Eine strategische, offensive Politik ist gefordert, die weit über die Verteilung von Geldern hinausgeht. Sicherlich, Privathaushalte und auch so manche Betriebe werden in Zukunft verstärkt in regenerative Energieformen investieren. Doch: Diese eher punktuellen Maßnahmen alleine reichen nicht aus, um ihren Anteil am Strommix bis zum Jahre 2010 auf zehn Prozent zu steigern, so wie es der Plan für eine Nachhaltige Entwicklung vorsieht.

Wo ist die Installation von thermischen oder aber von photovoltaischen Anlagen am sinnvollsten (Potenzialanalyse)? Welche Hauptzielgruppen gilt es zu gewinnen? Wie können eine fachliche Beratung und ein hochwertiges Produktangebot gewährleistet werden? Wie eine Ausbildung der betroffenen Berufskreise? Dies sind Fragen, die das Ministerium offensiv angehen müßte. Dann käme es wohl unter anderem auch zum Schluss, dass eine von der Elektrizitätslobby unabhängige Politik notwendig ist und die Rolle der "Agence de l'énergie" stark eingegrenzt werden müsste.

Vielleicht liegt hierin die größte Herausforderung: dass das Umweltministerium über eine "Politik mam Portemonnaie" hinaus endlich verstehen würde, eine Gesamtstrategie mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Komponente in einem spezifischen Bereich in die Wege zu leiten.

Blanche Weber ist Generalsekretärin des Mouvement Ecologique.

kommentar

Im stillen Kämmerlein

Ein Jahr nach Seattle hat die EU in Nizza die Weichen gestellt für neue WTO-Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Die Financial Times wusste sich zu freuen: zu den wenigen positiven Ergebnissen des Nizza-Gipfels gehöre, dass in Zukunft bei den WTO-Verhandlungen in den Bereichen Investitionen, Dienstleistungen und Patente einzelne EU-Regierungen nicht mehr über ein Veto verfügen. In den Chefetagen der Transnationalen Unternehmen sitzt der Schock des Scheiterns des AMI, des "Accord multilatéral d'investissement", noch tief. Die Geheimverhandlungen im Rahmen der OECD mit vielen Rechten und wenig Pflichten für die internationalen Investoren wurde auf Druck der Zivilgesellschaft mit einem Veto der französischen Regierung gestoppt. In Zukunft wird es schwieriger für die Zivilgesellschaft, die Diskussionen um den Welthandel zu beeinflussen. Trotz ihrem Hickhack um nationale Vorteile haben es die Regierungschefs in Nizza nämlich nicht versäumt, große Bereiche der EU-Handelspolitik aus der Kontrolle der nationalen Politik und folglich auch der nationalen Parlamente herauszunehmen und an die EU-Kommission zu delegieren. Dies ohne dem direkt gewählten EU-Parlament auch nur minimale Mitspracherechte zu geben. EU-Kommissar Lamy macht seit Monaten keinen Hehl aus seinen Präferenzen: die EU will sich in der WTO einsetzen für die Interessen der europäischen Konzerne. Auf in die "Schlacht" um die Liberalisierung des Banken- und Versicherungswesens, des Schulwesens, der medizinischen Versorgung, der Wasser- und Energieversorgung in der ganzen Welt!

Ein Jahr nach Seattle - man erinnere sich noch an die Solidaritätsbekundungen von Frau Polfer für die Demonstranten - hat auch die Luxemburger Regierung keinen Hehl aus ihrer Unterstützung für diese undemokratische Entscheidungsstruktur gemacht. Ein weiterer Grund, den Vertrag von Nizza abzulehnen und nachzuverhandeln, damit in der EU endlich demokratische Entscheidungsfindung Einzug hält.

Claude Turmes ist grüner Europaparlamentarier

Eben das Bild

Manche LeserInnen der WOXX meinen, die schrumpfende Zahl von Anschlägen unserer Artikel würde ein Minus an redaktionellem Aufwand bedeuten. Weit gefehlt, denn die passende Illustration, ob im Breitleinwand- oder im Briefmarkenformat, ist die eigentliche Krux.

Letzte Woche reichte der weinselige Lifestyle-Redakteur drei barocke Farbbände über Italiens Weinlandschaften ein, damit die verantwortliche Woxxmag-Redaktörin ein Foto zur Illustrierung des Beitrags "Über das Lesen von (Wein)Landschaften" auswähle. Zuerst hatte besagter Redakteur vorgehabt, verschiedene Bilder mit gelben Stickern als geeignet vorzumerken, doch im Zeitgeist redaktioneller Autonomie ließ er es doch bleiben. Auch vergaß er zu erwähnen, dass jedes Foto geeignet wäre, außer dem auf Seite 103 des Toskana-Bandes. Das zeigte nämlich die 1.000 Mal abgelichtete Zypressen-Allee zum Kloster Sant'Antimo. Im Übrigen auch das einzige Bild, was nun wirklich nichts mit Weinen zu tun hat. Und nun raten Sie mal, von welchem der paar Hundert Fotos die Toskana-Fraktion des WOXX am meisten angetan war. Nun gut, ohne Wein keine Pein, wäre da nicht zusätzlich das Ärgernis, dass auch die obligate Bildzeile mit Hinweis auf den Fotografen Andy Katz im Deadline-Stress verloren ging. Domm gaang!

Parler d'Auschwitz

Actuellement nous ne souffrons pas d'un manque d'information sur la période nazie et les camps de la mort, comme nombre de responsables politiques voudraient nous le faire croire. Au contraire, le développement d'un véritable 'shoah business' porte en lui le danger d'une saturation qui risque d'aboutir à une banalisation de l'holocauste. Ce n'est pas plus qu'il faudrait en parler, mais autrement.